

## Beschluss Einleitung der Sächsischen Senior\*innen Vernetzung

Gremium: Landesversammlung  
Beschlussdatum: 23.11.2024  
Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

### Antragstext

1 Präambel:

2 Die wachsende Zahl älterer Menschen in Sachsen stellt unsere Gesellschaft vor  
3 neue Herausforderungen. Rückblickend auf das Jahr 2022 gehörten 26,6 Prozent der  
4 sächsischen Bevölkerung zur Generation 65+. Das waren mehr als eine Million  
5 (1.088.268) Seniorinnen und Senioren, wobei Frauen mit 57,1 Prozent den größeren  
6 Anteil ausmachten. Der demografische Wandel steuert auf eine starke Überalterung  
7 unserer Gesellschaft zu, die alle Bereiche des öffentlichen Lebens betreffen  
8 wird. Senior\*innen verfügen über wertvolle Lebenserfahrung, gesellschaftliches  
9 Engagement und politisches Wissen. Um diese Potenziale besser zu nutzen und die  
10 Interessen älterer Menschen stärker in unsere politische Arbeit einzubeziehen,  
11 soll die "Sächsische Senior\*innen Vernetzung" ins Leben gerufen werden. Die  
12 Vernetzung ist ein Format zur aktiven Mitgestaltung von Senior\*innen in den  
13 Kreisverbänden. Sie ermöglicht Menschen im höheren Lebensalter, sich zu treffen  
14 und zu organisieren, ohne dabei an die klassischen Parteistrukturen gebunden zu  
15 sein.

16 Antrag: Sächsische Senior\*innen Vernetzung

17 Die Delegierten der 59. Landesversammlung der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen  
18 beschließen auf Antrag, die Einleitung der Sächsischen Senior\*innen Vernetzung.

19 Der Landesvorstand wird beauftragt:

20 1. die "Sächsische Senior\*innen Vernetzung" einzuleiten und im Landesverband  
21 Sachsen zu initiieren. Dies beinhaltet insbesondere:

- 22 • die Einrichtung einer landesweiten Mailingliste
- 23 • die Organisation von Austausch- und Vernetzungstreffen
- 24 • die Erstellung von Informationsmaterialien zu seniorenpolitischen Themen
- 25 • die Einrichtung einer Online-Plattform zum Austausch und zur Information
- 26 • die Entwicklung von Formaten zur partizipativen Politikgestaltung, z.B.  
27 Workshops, Diskussionsforen, Online-Befragungen

28 2. bis zum 31.12.2024 ein Landesvorstandsmitglied zu benennen, welches die  
29 Entwicklung der sächsischen Seniorinnen Vernetzung in den 13  
30 Kreisverbänden begleitet und unterstützt, indem es als Ansprechpartnerin  
31 fungiert, die Kreisverbände bei der Umsetzung berät und die Vernetzung auf  
32 Landesebene koordiniert.

33 Ziele der Vernetzung:

- 34 • Stärkung der politischen Partizipation von Senior\*innen in der Partei
- 35 • Unterstützung der politischen Arbeit von Senior\*innen
- 36 • Die Senior\*innen Vernetzung würdigt die Lebensleistung und die wertvollen  
37 Kompetenzen, das Wissen und die Erfahrungen der Senior\*innen, die sie zum  
38 Aufbau und zur Gestaltung der Gesellschaft beigetragen haben.
- 39 • Die Senior\*innen Vernetzung ermöglicht es Senior\*innen, ihre Potenziale  
40 aktiv einzubringen und sich an der Gestaltung der Gesellschaft und der  
41 Politik der Bündnisgrünen zu beteiligen.
- 42 • Die Senior\*innen Vernetzung fördert den Dialog und die Zusammenarbeit  
43 zwischen den Generationen, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und  
44 trägt zur Generationengerechtigkeit bei, indem sie die Interessen und  
45 Bedürfnisse älterer Menschen in den Mittelpunkt stellt.

46 Fazit:

47 Die politische Partizipation von Senior\*innen ist unerlässlich für eine  
48 lebendige Demokratie. Senior\*innen bringen wertvolle Erfahrungen und  
49 Perspektiven in die politische Willensbildung ein und tragen dazu bei, eine  
50 Gesellschaft zu schaffen, die die Bedürfnisse aller Generationen berücksichtigt.  
51 Die sächsische Senior\*innenvernetzung von Bündnis 90/Die Grünen bietet  
52 Senior\*innen die Plattform, sich zu engagieren und gemeinsam Gegenrede gegen  
53 Hass und Hetze zu halten. Gemeinsam wollen wir eine Zukunft schaffen, die die  
54 Bedürfnisse und Interessen aller Generationen berücksichtigt.

55 Dieser Antrag, der auf dem Beschluss unseres Stadtparteitages in Leipzig vom  
56 21.09.2024 aufbaut (dem zu 100% zugestimmt wurde), fand bereits im Mai 2024 die  
57 ausdrückliche Zustimmung des Landesparteirats, unserer ersten Anlaufstelle in  
58 dieser Angelegenheit mit dem Entwurf der Tischvorlage Senior\*innenvernetzung!

59 Antragsteller Harry Hensler (68), Moderator Arbeitsgruppe Senior\*innen  
60 Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Leipzig

**Beschluss** Für die Erstattung von Übernachtungs- und Reisekosten einen digitalen Abrechnungsweg einführen.

Gremium: Landesversammlung

Beschlussdatum: 23.11.2024

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Der Landesvorstand wird damit beauftragt, sich beim Bundesvorstand dafür
- 2 einzusetzen, Möglichkeiten der digitalen Abrechnung von Auslagen und Reisekosten
- 3 zu schaffen. Darüber hinaus sollen auch weitere Möglichkeiten der
- 4 Digitalisierung diskutiert werden. Die Ergebnisse sollen bis Ende 2025
- 5 vorgestellt werden.
  
- 6 Über den digitalen Weg der Abrechnung kommen wir zu einer Zeit- und
- 7 Kosteneinsparung und es ist die einfachere Variante. Außerdem ermöglichen wir
- 8 damit mehr Beteiligung, denn wie lange es dauert, bis eine Erstattung von
- 9 ausgelegtem Geld erfolgt, ist für viele Mitglieder ein bedeutender Faktor.
  
- 10 Der Landesvorstand sollte noch in 2024 dafür die Umsetzungsmöglichkeiten
- 11 schaffen.

**Beschluss** Neue Sicherheit in unsicheren Zeiten – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern Vernunft, Pragmatismus und Rechtsstaatlichkeit in der Migrationspolitik auf allen Ebenen.

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

## Antragstext

1 Migrationspolitik wird seit Jahren zum Austragungsort gesellschaftlicher  
2 Grundkonflikte erklärt. Durch den ständigen Fokus auf Probleme und Krisen  
3 erleben migrantische Personen zunehmend Einschränkungen ihrer Grundrechte und  
4 sind verstärkt Rassismus ausgesetzt.  
5 Unsere Gesellschaft durchlebt einen tiefgreifenden Wandel, in dem vermeintlich  
6 bewährte, aber langfristig unhaltbare Sicherheiten wegbrechen und die daraus  
7 entstehenden Folgekosten immer deutlicher werden. In dieser Unsicherheit  
8 erscheint eine Isolationspolitik manchen als Lösung. Doch diese gefährdet nicht  
9 nur die Zukunft Deutschlands und Europas, sondern ignoriert auch zentrale  
10 Herausforderungen wie den demografischen Wandel. Ohne Zuwanderung droht eine  
11 dramatische Verschärfung des Arbeitskräftemangels. Abschottung führt zudem zu  
12 einer Verschärfung sozialer Konflikte um knappe Ressourcen und fördert  
13 rassistische Strukturen.  
14 Die offenen Grenzen in Europa sind eine zentrale Errungenschaft, die erhalten  
15 bleiben muss. In diesem Rahmen ist eine aktive und gestaltende Migrationspolitik  
16 notwendig, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Statt auf Abwehr  
17 zu setzen, müssen wir Migration als Chance begreifen. Sie ist ein  
18 unverzichtbarer Teil unserer globalen Realität und bietet die Möglichkeit, eine  
19 gerechtere, nachhaltigere und lebenswertere Zukunft für alle zu schaffen.  
20 Gesamtgesellschaftlich erleben wir einen tiefgreifenden Wandel, in dem bewährte  
21 Sicherheiten verloren gehen und die Folgekosten zunehmend sichtbar werden. In  
22 diesem Kontext erscheint eine Isolationspolitik manchen als vermeintliche  
23 Lösung, um Stabilität zu bewahren und Herausforderungen im Inneren besser  
24 kontrollieren zu können.  
25 Eine Politik der Abschottung bedeutet eine enorme Belastung aller Menschen in  
26 Deutschland. Die Bewegung von Menschen und Gütern gehört zu den wesentlichen  
27 Dynamiken unserer globalisierten Zeit. Aus ökonomischer Sicht würde ein Verzicht  
28 auf Zuwanderung zu erheblichen Wachstumseinbußen und Versorgungsengpässen  
29 führen. In sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht stehen wir vor einem  
30 wachsenden Konkurrenzdruck, in dem ökonomisch schwächere Gruppen das Nachsehen  
31 haben. Dies verstärkt rassistische Strukturen und führt zu einem Erstarken  
32 völkischen Denkens, das als „Schutz“ vor globalen Entwicklungen gesehen wird.  
33 Die freie Bewegung von Menschen, Gütern und Dienstleistungen über Ländergrenzen  
34 hinweg sind eine Errungenschaft der europäischen Einigung – sie fördern den  
35 Austausch von Kultur und Wissen. Für eine vernetzte Gesellschaft wie die unsere  
36 ist eine Politik der Abschottung mit existenziellen Nachteilen verbunden.  
37 Zugleich würde ein Verzicht auf Zuwanderung den bereits bestehenden  
38 Fachkräftemangel verschärfen und das Kürzen von Angeboten bspw. im Bereich der  
39 Gastronomie oder dem Gesundheitssektor bedeuten. Unternehmen, die dauerhaft kein  
40 Personal finden, werden ihre hiesigen Standorte auf den Prüfstand stellen.  
41 Zugleich entstehen durch Migration Konkurrenzsituationen: am Wohnungsmarkt, im  
42 Bereich der Bildung oder generell beim Einsatz knapper öffentlicher Mittel.  
43 Diesem Konkurrenzdruck wiederum sind vor allem ökonomisch schwächere Gruppen

44 ausgesetzt, was rassistische Einstellungen oder auch das Erstarken völkischen  
45 Denkens, welches als „Schutz“ vor globalen Entwicklungen gesehen wird, fördert.

46 Unsere Aufgabe ist es, die Stärke Europas zu bewahren: eine Gesellschaft, die  
47 auf Gleichberechtigung, Respekt und eine konstruktive Fehlerkultur setzt. Unser  
48 Ziel ist eine lebenswerte, gerechte, sichere Gesellschaft. Wir befürworten darum  
49 regelmäßig überprüfte, wissenschaftlich gestützte Maßnahmen gegen Terror.  
50 Sicherheit heißt aber auch, dass auch Migrant\*innen Vertrauen in staatliche  
51 Organe haben können, menschliche Perspektiven zu geben und eine angemessene,  
52 nicht überhöhte mediale Darstellung von Straftaten. Bei schweren  
53 Straftäter\*innen oder Extremist\*innen, unabhängig von ihrer Herkunft, müssen  
54 rechtsstaatlichen Mittel ausgeschöpft werden und sichergestellt werden, dass von  
55 diesen Personen keine Gefahr mehr ausgeht. Sicherheit vor Terror ist dann stark,  
56 wenn sie den demokratisch erbrachten Frieden schützt und unsere freiheitlichen  
57 Werte bewahrt.

58 Wir stehen für den Schutz unserer freiheitlichen Demokratie und unseres  
59 Rechtsstaates. Daher ist es für uns inakzeptabel, dass im Namen der  
60 Terrorbekämpfung geltendes Recht missachtet und Grund- und Menschenrechte  
61 verletzt oder bedroht werden.

62 Die BÜNDNISGRÜNE Verantwortung muss sich in einer umfassenden Antwort auf  
63 demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen zeigen und nicht im Mitmachen  
64 bei der politischen Umsetzung einer in den Populismus abgeglittenen Debatte. Als  
65 Einwanderungsland muss Deutschland die Herausforderungen und Potenziale der  
66 Migrationspolitik anerkennen und die Gleichberechtigung der migrantischen  
67 Bevölkerung als grundlegende Aufgabe begreifen und besonnen angehen.

68 Dafür setzen wir als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen auf drei zentrale  
69 Handlungsebenen:

- 70 1. Wandel in der sächsischen Migrationspolitik: Wir streben eine  
71 landesspezifische, integrations- und inklusionsorientierte  
72 Migrationspolitik an, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert und  
73 Ressourcen für eine gelingende inklusive Integration bereitstellt.
- 74 2. funktionierende und menschenrechtskonforme Migrations- und Asylpolitik der  
75 Europäischen Union: Wir setzen auf ein gemeinsames Vorgehen in der  
76 Europäischen Union, das Menschenrechte wahrt, Herausforderungen gemeinsam  
77 meistert, Sicherheit schafft und Menschen schützt.
- 78 3. Schutz einer verantwortungsvollen Asylpolitik auf Bundesebene: Wir setzen  
79 uns dafür ein, dass die Asylpolitik menschenrechtsbasiert und pragmatisch  
80 gestaltet wird. Es gilt, verantwortungsvolle Maßnahmen klar von  
81 unverhältnismäßigen oder grundrechtsgefährdenden Ansätzen zu  
82 unterscheiden.

#### 83 1. Wir fordern Maßnahmen für einen Wandel in der sächsischen Migrationspolitik

84 Sachsen braucht Zuwanderung und gelingende Integration. Die Herausforderungen,  
85 vor denen Kommunen bei der Bearbeitung der Integrationsaufgaben stehen, werden  
86 auf keinen Fall bewältigt, wenn politisch lediglich an der Begrenzung von  
87 Zuwanderung gearbeitet wird.

88 Die künftige sächsische Regierung muss in der Migrationspolitik auf Integration  
89 und Zusammenhalt statt auf Abschottung und Abschreckung setzen. Es braucht  
90 Maßnahmen zur schnellen und gelingenden Integration, um Kommunen zu entlasten  
91 und zu stärken.

92 Wir sprechen uns mit Nachdruck für folgende Maßnahmen aus:

- 93 1. die Verbesserung der Arbeit der Ausländerbehörden durch Abbau von  
94 Bürokratie, personelle Stärkung sowie die Verbesserung der Qualität der  
95 Bearbeitung durch Maßnahmen wie Förderung der Mehrsprachigkeit in  
96 Behörden, Schulungen des Personals sowie Anwendungshinweise zur Nutzung  
97 von Ermessensspielräumen für Integration;
- 98 2. die Unterstützung von Kommunen bei der Erfüllung von Integrationsaufgaben  
99 sowie bei der Entwicklung langfristiger und stabiler Integrationspläne  
100 durch Expertise und Gelder – Kommunen müssen gut vorbereitet sein, auch  
101 bei schwankenden Zahlen von Asylbewerber\*innen;
- 102 3. die Verbesserung der Bedingungen für schulische Bildung von Kindern und  
103 Jugendlichen mit Migrationsbiografie und Sprachförderbedarf sowie die  
104 Sicherung von Sprachkursangeboten von Anfang an für alle erwachsenen  
105 Neuzugewanderten;
- 106 4. die Priorisierung von dezentralem Wohnen und die Stärkung der Kommunen und  
107 des Ehrenamts bei Integrationsmaßnahmen für Menschen, die dezentral  
108 untergebracht sind, sowie Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem  
109 Wohnungsmarkt;
- 110 5. Maßnahmen zur erfolgreichen Arbeitsmarktintegration für Geflüchtete, wie  
111 Unterstützung von Menschen, die bereits in Sachsen leben, als Priorität  
112 vor aufwendigen Anwerbungsprogrammen, vereinfachte  
113 Berufsqualifizierungsfeststellung, personelle Stärkung der Stellen zur  
114 Durchführung der Berufsanerkenntungsverfahren sowie Unterstützung von  
115 Unternehmen, insbesondere KMU, bei der Einstellung und Integration  
116 Neuzugewanderter;
- 117 6. die Förderung der aktiven Teilhabe von Migrant\*innen an  
118 Integrationsprozessen durch gezielte Unterstützung von  
119 Migrant\*innenorganisationen und -netzwerken, die als Brückenbauer agieren.  
120 Dies umfasst finanzielle Mittel, strukturelle Förderung und Anerkennung  
121 von Migrant\*innenorganisationen als wichtige Akteure bei der Gestaltung und  
122 Durchführung von Integrationsmaßnahmen.

123 Die künftige sächsische Regierung muss zudem Maßnahmen ergreifen, um  
124 Menschenrechte zu schützen und sicherzustellen, dass Migrant\*innen sicher und  
125 diskriminierungsfrei in Sachsen leben können. In einer Gesellschaft, in der  
126 Rechtsextremismus und Rassismus immer mehr Raum greifen, ist die staatliche  
127 Pflicht zur Sicherung der Menschenrechte für alle besonders dringlich.

128 Wir fordern folgende Maßnahmen zum Schutz von Geflüchteten und anderen  
129 Migrant\*innen:

- 130 1. die Entwicklung und Umsetzung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes,  
131 das Benachteiligungen gesetzlich verbietet und Einzelne vor  
132 Diskriminierung schützt sowie das gesellschaftliche Klima der Vielfalt  
133 fördert – Sachsen muss zeigen, dass hier alle Menschen gut leben können  
134 und menschenfeindliches Verhalten keinen Raum hat;
- 135 2. die Einrichtung eines überregionalen Beschwerdeverfahrens bei  
136 Rassismuserfahrungen und Diskriminierungen in Behörden und anderen  
137 Institutionen im Asylverfahren;
- 138 3. die Unterstützung von Kommunen bei der Bereitstellung von Schutzräumen und  
139 Beratungsangeboten für Angehörige vulnerabler Gruppen, wie Frauen und  
140 queere Geflüchtete;
- 141 4. den Aufbau und die Unterstützung communitybasierter Antidiskriminierungs-  
142 und Antirassismuserfahrungen und Stärkung der Selbstorganisationen;
- 143 5. die Einrichtung externer Clearingverfahren für besonders vulnerable  
144 Geflüchtete an allen Sächsischen Aufnahmeeinrichtungen;
- 145 6. die Stärkung der Rechte von Menschen, die sich bereits im Prozess der  
146 Abschiebung befinden: Verbot von Nachtabschiebungen, Verbot von  
147 Familientrennungen, pädagogische/psychologische Begleitung von Kindern  
148 während der Abschiebung;
- 149 7. die Stärkung der Härtefallkommission (HFK) - der Sächsische Innenminister  
150 muss künftig bei Entscheidungen gegen Beschlüsse der HFK Rücksprache mit  
151 der Kommission halten und seine Entscheidung darlegen.

152 2. Wir setzen uns für eine funktionierende und menschenrechtskonforme  
153 Migrations- und Asylpolitik der Europäischen Union ein

154 Die Migrations- und Asylpolitik der EU muss sowohl pragmatisch als auch  
155 menschenrechtsorientiert sein. Unser gemeinsames Ziel als Europäer\*innen muss es  
156 sein, Migration fair, sicher und effektiv zu steuern und dabei unsere  
157 humanitären Werte zu wahren.

158 Wir machen uns stark für folgende stabile Grundpfeiler in der europäischen Asyl-  
159 und Migrationspolitik:

- 160 1. Beratung und Wissenschaft als Grundlage: Ein Expertengremium soll  
161 fundierte Lösungsansätze für die Migrationspolitik entwickeln. Diese  
162 Empfehlungen werden von den Mitgliedern des Europäischen Parlaments  
163 diskutiert und ermöglichen sachliche, faktenbasierte Entscheidungen.
- 164 2. Kommunale Unterstützung und faire Verteilung: Die Kommunen brauchen  
165 gezielte Entlastung und Unterstützung, um die Integration bewältigen zu

- 166 können. Ein fairer Verteilungsmechanismus innerhalb der EU stellt sicher,  
167 dass alle Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung gerecht werden.
- 168 3. Sichere Migrationswege und Bekämpfung von Fluchtursachen: Die EU muss  
169 menschenwürdige Partnerschaften mit Drittstaaten aufbauen, um gefährliche  
170 Fluchtrouten zu vermeiden und Perspektiven vor Ort zu schaffen. Stabilere  
171 Herkunftsregionen verringern den Migrationsdruck.
- 172 4. Rechtsstaatlichkeit an den Außengrenzen und Freizügigkeit im Binnenmarkt:  
173 Ein geordnetes Asylsystem mit Unterstützung der Grenzstaaten stärkt die  
174 Rechtsstaatlichkeit und wahrt die Freizügigkeit im Binnenmarkt, ohne auf  
175 inhereuropäische Grenzkontrollen angewiesen zu sein.
- 176 5. Verbindliche Aufnahmezusagen: Deutschland kann eine Vorreiterrolle  
177 einnehmen, indem es erhöhte Aufnahmezusagen mit einer konsequenten  
178 Registrierung an den Außengrenzen verbindet und so die Verantwortung fair  
179 verteilt.
- 180 6. Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung  
181 grenzüberschreitender Kriminalität: Die EU soll gezielt Maßnahmen zur  
182 Bekämpfung internationaler Kriminalität wie Menschenhandel, Schmuggel und  
183 organisierte Schleusernetzwerke ergreifen. Dazu gehört eine enge  
184 Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern, der Aufbau gemeinsamer  
185 Ermittlungs- und Informationszentren sowie die Unterstützung beim Aufbau  
186 rechtsstaatlicher Strukturen vor Ort.

187 3. Wir fordern den Schutz einer verantwortungsvollen Asylpolitik auf Bundesebene

188 Die gesellschaftliche Debatte rund um das Thema Asyl wird bundesweit mit großer  
189 Vehemenz geführt. Nicht selten gleitet sie in populistische Parolen und  
190 rassistische Stimmungsmache ab. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen kritisieren diese  
191 Debattenentwicklung entschieden. Wir erkennen an, dass Herausforderungen bei der  
192 Umsetzung von Integrationsaufgaben vor Ort und Angst vor islamistischem Terror  
193 den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Wir sprechen uns entschieden  
194 dagegen aus, dass als Konsequenz aus der aktuellen Verunsicherung  
195 bundespolitisch im Bereich Asylpolitik mit dem Abbau von Grundrechten von  
196 Asylsuchenden und der Aushöhlung des Asylrechts geantwortet wird. Mit Sorge  
197 beobachten wir im Schnellverfahren durchgesetzte Asylrechtsverschärfungen auf  
198 Bundesebene.

199 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen kritisieren wir mit Nachdruck die im  
200 sogenannten Sicherheitspaket beschlossenen Asylrechtsverschärfungen,  
201 insbesondere den Leistungsausschluss für Schutzsuchende, bei denen die Ausreise  
202 in einen nach Dublin-Verfahren zuständigen Drittstaat rechtlich und faktisch als  
203 möglich eingeschätzt wird.

204 Der vollständige Entzug von Sozialleistungen setzt Menschen auf die Straße, die  
205 in der Regel an ihrer Ausreise gar nicht selbst mitwirken können, da die  
206 Überstellung staatlich organisiert wird. Der Entzug existenzsichernder  
207 Leistungen umfasst auch das Entziehen medizinischer Unterstützung, was  
208 lebensgefährlich werden kann. Die geplante Maßnahme ist ein Dammbrech in der  
209 Entrechtung und Gefährdung von Geflüchteten. Dass unter dem Druck des  
210 Bundeskanzlers, des Innenministeriums und unter grüner Regierungsbeteiligung



211 derartige Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, ist für uns nicht hinnehmbar.  
212 Durch die asylrechtlichen Maßnahmen im sogenannten Sicherheitspaket wird  
213 Deutschland nicht sicherer, sondern unsicherer. Denn es steht zu befürchten,  
214 dass der Leistungsentzug Menschen in existenziell bedrohliche Notlagen versetzt.  
215 Zudem kann die Deklaration derartiger Maßnahmen als Sicherheitsmaßnahme  
216 rechtspopulistische Narrative, die migrantische Personen unter Generalverdacht  
217 stellen, stützen und somit Rassismus verstärken. Wir lehnen eine Politik, die  
218 Menschen entrechtet und rassistische Narrative stärkt, entschieden ab.

219 Wir stärken unserer Bundestagsfraktion hiermit den Rücken, damit sie zukünftig  
220 auf den Schutz von Menschenrechten beharrt. Wir sind Antriebs- und Rückendeckung  
221 für alle, die Asylpolitik vorantreiben, die pragmatisch ist, die den Schutz von  
222 Menschenrechten zentral stellt und dies als Stabilisierung unserer Gesellschaft  
223 begreift.

224 Pragmatische, menschenrechtsbasierte und stabilisierende Asylpolitik muss  
225 Realitäten anerkennen. Das bedeutet zum einen, dass besonnen und mit guten  
226 Lösungen auf wissenschaftliche Erkenntnisse und eine sachliche Darlegung der  
227 Probleme in den Kommunen reagiert werden muss. Es muss zudem wieder anerkannt  
228 werden, dass das Asylrecht sowie der Schutz von Grund- und Menschenrechten  
229 geltende Rechte sind und ihre konsequente Umsetzung einen Schutz und eine Stärke  
230 unseres Rechtsstaates darstellen.

231 Als BÜNDNISGRÜNE in Sachsen fordern wir deshalb von der Bundesregierung:

232 1. die Wahrung des individuellen Rechts auf Asyl: Insbesondere die geplante  
233 Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten birgt die Gefahr, dass  
234 individuelle Asylanträge beeinträchtigt werden und Flüchtlingsrechte  
235 missachtet werden. Das individuelle Recht auf Asyl muss gewahrt werden und  
236 darf weder in der Praxis noch per Beschluss eingeschränkt werden. Auch  
237 Zurückweisungen an deutschen Grenzen sind ein klarer Rechtsbruch und  
238 müssen verhindert werden;

239 2. die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention: Die Genfer  
240 Flüchtlingskonvention trat 1954 als Lehre aus dem unsolidarischen  
241 Verhalten vieler Staaten gegenüber jüdischen Flüchtlingen während des  
242 Nationalsozialismus in Kraft. Es darf nicht passieren, dass ausgerechnet  
243 Deutschland mit seiner besonderen internationalen Verantwortung gegen die  
244 Genfer Flüchtlingskonvention verstößt. Wir erwarten, dass die Genfer  
245 Flüchtlingskonvention verbindlich eingehalten wird und jegliche geplanten  
246 Änderungen im Asylrecht daraufhin geprüft werden, ob sie sich im Rahmen  
247 der Flüchtlingskonvention bewegen;

248 3. den Stopp von Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan sowie in andere  
249 Länder, in denen Bürgerkrieg oder diktatorische, menschenverachtende  
250 Machthaber herrschen: Wir lehnen die Zusammenarbeit mit Terroristen und  
251 Diktatoren, auch wenn sie zur Rückführungsorganisation von  
252 Straftäter\*innen erfolgt, entschieden ab und fordern das  
253 Bundesinnenministerium, das sächsische Ministerium für Inneres und die  
254 sächsische Landesdirektion auf, die Genfer Flüchtlingskonvention und die

- 255 Europäische Menschenrechtskonvention einzuhalten und Abschiebungen, bei  
256 denen Menschen Gefahr für Leib und Leben droht, zu unterlassen;
- 257 4. die Abschaffung von Abschiebehaft: Es ist unverhältnismäßig, einem  
258 Menschen das Grundrecht auf Freiheit zu entziehen, um den Verwaltungsakt  
259 Abschiebung einfacher durchführen zu können;
- 260 5. das Verhindern von Diskriminierung und Behördenüberlastung durch eine  
261 bundesweite Bezahlkarte mit restriktiver Bargeld- und  
262 Überweisungsbegrenzung: Das Vorantreiben des Projekts „Bezahlkarte mit  
263 Bargeldbegrenzung“ trotz fehlender Evidenz für Anlass oder Wirksamkeit der  
264 Bargeldeinschränkung und trotz der Rückmeldungen aus den Kommunen, die  
265 durch die Umsetzung der Bezahlkarte überfordert werden, ist sinnlose  
266 Symbolpolitik auf dem Rücken der Betroffenen und der Behörden. Wir lehnen  
267 diskriminierende Bezahlkartenmodelle entschieden ab;
- 268 6. den Aufbau von stabilen und flexiblen Strukturen zur Integration und  
269 Unterstützung der Kommunen bei der Planung und Finanzierung von gelungenen  
270 Integrationsaufgaben.
- 271 Integration ist eine kontinuierliche Gemeinschaftsaufgabe.
- 272 Es wird immer wieder Phasen geben, in denen mehr Menschen nach Deutschland  
273 kommen, und Zeiten, in denen es weniger sind. Die Strukturen eines  
274 Einwanderungslandes müssen auf diese Veränderungen vorbereitet sein. Die  
275 Schaffung von ausreichend Plätzen in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder  
276 und dauerhaftem Wohnraum in den Kommunen ist dafür eine wesentliche Grundlage.  
277 Ebenso wichtig sind Sprachkurse für alle sowie der gesicherte Zugang zu KiTa,  
278 Schule und Ausbildung. Dieser muss durch ausreichend Mittel und Personal  
279 gewährleistet werden. Hierbei wird in Ländern und Kommunen bundespolitische  
280 Unterstützung benötigt.
- 281 7. Die Eröffnung von stabilen Bleibeperspektiven;
- 282 Mit Spurwechsel und Einwanderungsgesetz wurden bundespolitisch Schritte in die  
283 richtige Richtung unternommen, um Integration zu ermöglichen und integrierten  
284 Personen eine stabile Perspektive zu bieten, Wir schlagen darüber hinaus vor,  
285 Arbeitsverbote vollständig abzuschaffen und rechtlich festzulegen, dass alle  
286 Menschen, die in Deutschland eine Ausbildung machen, studieren oder arbeiten  
287 dauerhaft bleiben dürfen.
- 288 Als sächsische BÜNDNISGRÜNE sprechen wir uns für Vernunft, Pragmatismus und  
289 Rechtsstaatlichkeit in der Migrationspolitik auf allen Ebenen aus. Eine  
290 funktionierende und menschenrechtsbasierte Migrationspolitik ist eine wichtige  
291 Säule eines stabilen, solidarischen und damit sicheren Miteinanders aller  
292 Menschen.